

*Nach einem Bericht in der britischen Zeitung THE TIMES hat der neue US-Verteidigungsminister James Mattis mit seiner Aufforderung, die Verteidigungsausgaben noch in diesem Jahr drastisch zu erhöhen, seinen europäischen Ministerkollegen ein Ultimatum gestellt.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 027/17 – 19.02.17**

## **Die USA fordern höhere Verteidigungsausgaben und stellen den anderen NATO-Mitgliedern ein Ultimatum Wenn die Europäer nicht mehr bezahlen, werden sich die USA zurückziehen**

Von David Charter und Politikredakteur Oliver Wright

The Times, 16.02.17

( <http://www.thetimes.co.uk/edition/news/us-delivers-ultimatum-over-nato-spending-r-g55vrrbv> )

Donald Trumps Verteidigungsminister hat den europäischen NATO-Verbündeten mitgeteilt, das Engagement der USA für die Sicherheit Europas stehe in Frage, wenn sie nicht dazu bereit seien, ihre eigenen Militärausgaben zu erhöhen.

"Den US-Steuerzahlern kann nicht länger zugemutet werden, einen unverhältnismäßig hohen Anteil der für die Verteidigung der westlichen Werte anfallenden Kosten zu tragen. Warum sollten sich die US-Bürger mehr um die Zukunft eurer Kinder sorgen als ihr Europäer selbst?" fragte US-Verteidigungsminister James Mattis die Verteidigungsminister der anderen NATO-Staaten gestern hinter verschlossenen Türen in Brüssel.

"Die USA stehen zu ihrer Verantwortung, aber wenn die europäischen Staaten nicht wollen, dass wir unser Engagement für die NATO reduzieren, müssen sich ihre Regierungen dazu entschließen, mehr für unsere gemeinsame Verteidigung auszugeben."



US-Verteidigungsminister James Mattis  
(Foto: Stephanie Lecocq / EPA)

Er forderte seine Ministerkollegen auf, verbindlich zuzusagen, dass die Regierungen aller NATO-Staaten noch in diesem Jahr die Verteidigungsausgaben mindestens auf die von der NATO festgelegten 2 Prozent des Nationaleinkommens anheben. Bisher erfüllen nur Großbritannien und vier weitere Staaten diese Zielvorgabe.

Mattis, der erste Minister aus Trumps Regierung, der seit dessen Amtseinführung Europa besucht, leitete mit seiner knallharten Forderung eine neue Phase der transatlantischen Beziehungen ein. Er versicherte, dass auch der neue Präsident die "erklärte Absicht" habe, die aus 28 Staaten bestehende Allianz weiterhin zu unterstützen, wiederholte aber auch die aus Trumps Wahlkampf bekannte Drohung: "Wer seine Rechnung nicht zahlt, wird von den USA auch nicht mehr geschützt."

Die US-Drohung erfolgte in einer Zeit wachsender Angst vor den Aktivitäten russischer Streitkräfte, die vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee reichen, und bei zunehmender Nervosität der Europäer über die vom Weißen Haus angestrebte Verbesserung der Beziehungen zu Moskau.

Mit seiner harschen Botschaft knüpfte Mattis an eine Aussage aus dem Wahlkampf an. Als Trump im Juli gefragt wurde, ob er einem der NATO angehörenden baltischen Staat zur Hilfe käme, "wenn Russland dessen Grenze verletze", antwortete er: "Dann müssten erst die Zahlungen dieses Staates überprüft werden. ... Wenn er seine uns gegenüber bestehenden Verpflichtungen erfüllt hätte, wäre die Antwort ja."

Von den drei baltischen Staaten gibt nur Estland 2 Prozent für seine Verteidigung aus – ebenso Griechenland, Polen und Großbritannien. Bei Italien und Spanien ist es nur 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Mattis, 66, war General der US-Marineinfanterie und wurde von Trump vor allem wegen seines Draufgängertums ausgewählt. Ein Mann mit dem Spitznamen "Mad Dog" (Verrückter Hund) geht keinem Streit aus dem Weg; er soll einmal gesagt haben, es habe im "viel Spass gemacht, in Afghanistan Taliban abzuknallen". Von 2007-09 war er Oberkommandierender des Allied Command Transformation der NATO, das in Virginia residiert (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Kommandostruktur> ). In der geschlossenen Sitzung in Brüssel soll er erklärt haben: "Ich schulde Ihnen die Wahrheit über die politische Realität in den USA. Sie müssen wissen, was die US-Bürger über Sie denken."

Der britische Verteidigungsminister Michael Fallon, 64, unterstützte die US-Aufforderung an die anderen Minister, die 2-Prozent-Zielvorgabe der NATO zu erfüllen und schlug vor: "Mit einer auf mehrere Jahre verteilten Steigerung könnte Sie wenigstens ihren guten Willen zeigen."

Heute wird Sir Michael erstmals allein mit Mattis reden und ihm sicher mitteilen, dass auch die britische Premierministerin Theresa May die Zielvorgabe von 2 Prozent unterstützt. Man hofft, dass dieses Ziel bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts von mehreren europäischen Staaten erreicht wird.

Ursula von der Leyen, die deutsche Verteidigungsministerin, sagte auf der Sitzung, die Forderung der USA bestehe zu Recht. Deutschland werden seine jetzt nur 1,2 Prozent betragenden Verteidigungsausgaben entsprechend erhöhen.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte: "Weder Europa noch Nordamerika kann die bestehenden Herausforderungen allein meistern; deshalb ist eine starke NATO auch heute immer noch wichtig."

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit einem Link versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)*

---

## **Unser Kommentar**

*Was sich Herr Mattis – ganz sicher in Abstimmung mit dem neuen US-Präsidenten Trump – in Brüssel geleistet hat, bezeichnen Strafverfolger als "Schutzgelderpressung". Er hat nämlich Geld für den Schutz vor einer angeblich bestehenden "russischen Gefahr" verlangt, die in Wirklichkeit von den USA ausgeht.*

*Russland muss schon aus Eigeninteresse allergrößten Wert auf ein konfliktfreies friedlichen Zusammenleben mit dem Westen legen. Nur dann kann es seine veraltete Industrie modernisieren, seine vielen Rohstoffe erschließen und gegen westliche Hightech-Produkte eintauschen. Sowohl Putin als auch Medwedew haben immer wieder eine auf beiderseitigem Respekt beruhende, für beide Seiten nutzbringende Zusammenarbeit angeboten*

(das ist nachzulesen unter [https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin\\_wort/244966](https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort/244966) , <https://de.sputniknews.com/meinungen/2007021360672011/> und <http://www.stern.de/politik/ausland/besuch-im-silicon-valley-medwedew-will-engere-zusammenarbeit-mit-us-unternehmen-3280672.html> ). Sie sind aber leider auf taube Ohren gestoßen.

Die bisher herrschende neokonservative US-Elite will sich nicht mit Kooperation begnügen, sie strebt und strebt immer noch nach uneingeschränkter Weltherrschaft. Deshalb musste die NATO nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Vertrages unbedingt bestehen bleiben und bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt werden. Deshalb musste mit dem faschistischen Putsch in der Ukraine die Sezession der Krim provoziert werden, damit das "Gespenst der Bedrohung aus dem Osten", das sich schon im Kalten Krieg bewährt hat, wiederbelebt werden konnte. Deshalb muss mit allen Mitteln – falls erforderlich, auch mit einem völkerrechtswidrigen Überfall auf Russland – eine Annäherung Westeuropas und besonders der Bundesrepublik Deutschland an Moskau verhindert werden.

Das "Ultimatum" des US-Verteidigungsministers Mattis an die europäischen NATO-Mitglieder ist daher auch nur eine leere Drohung. Denn keine US-Regierung wird ihr willfähiges Werkzeug NATO aufgeben und sich freiwillig aus Westeuropa zurückziehen – auch die – noch – von Trump geführte wird das nicht tun. Die US-Militärbasen auf dem europäischen Kontinent erfüllen nämlich einen doppelten Zweck: Sie ermöglichen eine risiko- und lückenlose Überwachung aller US-Satellitenstaaten in Europa einschließlich ihrer US-hörigen Marionettenregierungen (s. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-06/nsa-affaere-handy-ueberwachung-angela-merkel-ermittlungen-eingestellt> ), und sie sind außerdem unersetzlich für die Vorneverteidigung der USA, die der eigentliche Grund für die Gründung der NATO war. Die europäischen NATO-Mitglieder sollten einen weiteren Machtzuwachs der Sowjetunion stoppen, auch zum Preis der totale Zerstörung West- und Mitteleuropas. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Ein von den USA und ihrem verlängerten Arm NATO gegen Russland provozierter Atomkrieg hätte besonders für die Bundesrepublik Deutschland fatale Folgen. Wegen der vielen Kommandozentralen, Militärbasen und Nachschubdepots der USA und der NATO auf deutschem Boden (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP20714\\_291214.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf) ), die alle Primärziele für russische Raketen wären, würde kein Bewohner der Bundesrepublik diesen Krieg überleben. Das wird sehr überzeugend in dem Buch "Schlachtfeld Deutschland" von Uwe Markus und Ralf Rudolph nachgewiesen, das im Militärverlag Berlin erschienen und problemlos über Amazon zu beziehen ist.

Deshalb ist es brandgefährlich, wenn die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Herrn Mattis kritiklos zustimmt und in untertänigstem Gehorsam sofortigen Vollzug seines Ultimatums verspricht. Damit hat sie gleichzeitig zugesichert, dass die deutschen Steuerzahler einen noch höheren Beitrag zur Finanzierung der Kriegsvorbereitungen der USA und der NATO und damit zum Untergang der Bundesrepublik Deutschland leisten werden. Dieses Verhalten lässt sich am besten mit einem leicht abgewandelten Zitat aus Brechts "Kälbermarsch" (s. <http://www.lyrikline.org/de/gedichte/der-kaelbermarsch> ) beschreiben: "Hinter der Trommel her trotten die Kälber. Das Fell für die Trommel zahlen sie selber."

Nach dem erpresserischen Mattis-Auftritt in Brüssel ist auch von der vermutlich nur noch vorübergehend amtierenden Trump-Regierung keine Beilegung des inszenierten Konfliktes mit Russland zu erwarten. Deshalb muss die deutsche Friedensbewegung jetzt umgehend ihre vorsätzlich herbeigeführte Spaltung überwinden und ohne Wenn und Aber geschlossen die Doppelforderung "NATO raus – raus aus der NATO!" vertreten. (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP08516\\_050716.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08516_050716.pdf) ). Diese Dop-

*pelforderung muss in den kommenden Wahlkämpfen bei allen sich bietenden Gelegenheiten immer wieder unüberhörbar vorgebracht werden. Nur wenn es gelingt, allen in den neuen Bundestag einziehenden Abgeordneten die Einsicht zu vermitteln, dass sämtliche über die Bundesrepublik laufenden Vorbereitungen für einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Russland sofort gestoppt werden müssen, haben wir eine Chance, am Leben zu bleiben.*

*Die Deutschen, die maßgeblich an der Entfesselung zweier Weltkriege und der Verwüstung Europas bis zum Ural beteiligt waren, könnten einen Teil ihrer historischen Schuld abtragen, wenn ihr Parlament den so genannten Stationierungsvertrag kündigen, den Austritt aus der NATO beschließen und damit einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung des dritten und letzten Weltkrieges leisten würde.*

---

# THE TIMES

## **US gives ultimatum over Nato spending**

**Pay more or we pull back, Europe's leaders told**

David Charter | Oliver Wright, Policy Editor

February 16 2017

Donald Trump's defence secretary has told Nato allies that they cannot take America's commitment to aid their security for granted unless they are prepared to increase military spending.

"No longer can the American taxpayer carry a disproportionate share of the defence of western values. Americans cannot care more for your children's future security than you do," James Mattis told Nato defence ministers in Brussels behind closed doors yesterday.

"America will meet its responsibilities but if your nations do not want to see America moderate its commitment to this alliance each of your capitals needs to show support for our common defence."

He said that ministers must adopt a plan this year that sets dates for governments to meet the Nato target of spending at least 2 per cent of national income on defence. Aside from the US, four countries, including Britain, meet the goal.

The warning from Mr Mattis, the first member of Mr Trump's top team to visit Europe since the president's inauguration, heralded a bruising new phase in the transatlantic relationship. Mr Mattis affirmed the new president's support for the 28-nation alliance as a "fundamental bedrock" for the US and its allies — then followed through on Mr Trump's election campaign threat to withhold US support for Nato members "that aren't paying their bills".

The US warning comes amid fears of Russian military activity from the Black Sea to the Baltic and nervousness in Europe about the White House's determination to embark on a new era of cordial relations with Moscow.

Mr Mattis's message reinforced Mr Trump's refusal on the campaign trail to confirm that the US would meet Nato's commitment to help a member nation if it was attacked. In July Mr Trump was asked whether the US would assist a Baltic state "if Russia came over the

border". He said: "You can't forget the bills . . . Have they fulfilled their obligations to us? If they fulfil their obligations to us, the answer is yes."

Of the three Baltic states, only Estonia meets the 2 per cent military spending target, along with Greece, Poland and Britain. Italy and Spain spend barely 1 per cent of GDP on defence.

Mr Mattis, 66, a former US Marine Corps general, was chosen by Mr Trump for his pugnacious reputation. Punches were never going to be pulled by a man nicknamed "Mad Dog" who has said that it was "a hell of a lot of fun to shoot" the Taliban in Afghanistan. He also served Nato as its supreme allied commander transformation, based in Virginia from 2007-09. "I owe it to you to give you clarity on the political reality in the United States, and to state the fair demand from my country's people in concrete terms," Mr Mattis said in the closed session, according to remarks released afterwards.

Sir Michael Fallon, defence secretary, backed the US demand for all member states to meet the Nato spending target. "An annual increase that we are asking them to commit to would at least demonstrate good faith," he said.

Today Sir Michael, 64, will hold talks for the first time with Mr Mattis and reiterate Theresa May's commitment to use Britain's influence to push other Nato members towards the 2 per cent goal. Several countries in Europe are thought to be committed to meeting the target by the end of the decade.

Ursula von der Leyen, the German defence minister, told the session that the US was right on defence spending. Germany says it will boost its defence spending from the current 1.2 per cent.

Jens Stoltenberg, the Nato secretary-general, said: "Neither Europe nor North America can deal effectively with [their] challenges on their own; that is why a strong Nato is as important as ever."

[www.luftpост-kl.de](http://www.luftpост-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**